

**Amnesty International, Report 2008**  
**ZUR WELTWEITEN SITUATION DER MENSCHENRECHTE**  
**Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2007**

**Kolumbien**

**Amtliche Bezeichnung:** Republik Kolumbien

**Staats- und Regierungschef:** Álvaro Uribe Vélez

**Todesstrafe:** für alle Straftaten abgeschafft

**Einwohner:** 47 Millionen

**Lebenserwartung:** 72,3 Jahre

**Kindersterblichkeit (m/w):** 30/26 pro 1000 Lebendgeburten

**Alphabetisierungsrate:** 92,8 Prozent

Der seit 40 Jahren andauernde bewaffnete Konflikt zwischen Guerillagruppen und den Sicherheitskräften sowie den von ihnen unterstützten paramilitärischen Gruppierungen führte im Berichtsjahr in einigen Regionen des Landes und vor allem in ländlichen Gebieten erneut zu schweren Menschenrechtsverstößen. Alle Konfliktparteien machten sich einer Vielzahl schwerwiegender Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Die Zahl der zivilen Todesopfer ging im Vergleich zu den Vorjahren leicht zurück. Nach wie vor wurden Entführungen gemeldet wenn auch weniger als in den Vorjahren, für die in der Mehrzahl Guerillagruppen verantwortlich waren. Im Juni erschossen die Revolutionären Streitkräfte von Kolumbien (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* FARC) elf ihrer Geiseln. Die Tat wurde von weiten Kreisen verurteilt und ließ erneut die Forderungen an die Guerillaeinheit FARC laut werden, alle ihre immer noch gefangen gehaltenen Geiseln freizulassen. Menschenrechtsverteidiger und andere zivilgesellschaftlich engagierte Bürger waren erneut Angriffen ausgesetzt.

Die Zahl der bekannt gewordenen Tötungen durch paramilitärische Gruppierungen ging im Vergleich zum Vorjahr zurück, doch zeigte sich ein Anstieg bei Tötungen durch Sicherheitskräfte. In weiten Landesteilen waren nach wie vor paramilitärische Gruppen aktiv, obwohl eigentlich ihre Demobilisierung vereinbart worden war. Die Zahl der Menschen, die im Zuge des Konflikts aus ihren Heimatorten vertrieben wurden, stieg weiter an. Im Vorfeld der Kommunalwahlen vom Oktober soll die FARC mehrere Kandidaten getötet haben.

Bei einigen besonders im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Ermittlungen zu Menschenrechtsverstößen konnten Fortschritte präsentiert werden. Dennoch bot die Straflosigkeit weiterhin Anlass zu großer Sorge. Gegen etwa 40 Kongressabgeordnete wurden im Zuge der gerichtlichen Untersuchungen zu Verbindungen zwischen Behördenvertretern und Paramilitärs Ermittlungen eingeleitet.

Im Zuge des Demobilisierungsprogramms der Regierung legten in einzelnen Fällen paramilitärische Führer vor Sondergerichten zur Minderung ihres Strafmaßes Geständnisse ab, in denen sie ihre Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen und Verbindungen zu den Sicherheitskräften offenlegten.

**Tötungen durch Sicherheitskräfte**

Von Juni 2006 bis Juni 2007 sind Berichten zufolge mindestens 280 Menschen von den Sicherheitskräften außergerichtlich hingerichtet worden. Bei den Opfern handelte es sich meist um Kleinbauern. Sie wurden von den Militärs als „im Kampf getötete

Guerilleros“ ausgegeben. Die Mehrzahl dieser Tötungsdelikte wurde an die Militärjustiz verwiesen, wo man die Akten meist schloss, ohne dass der ernsthafte Versuch unternommen wurde, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Am 22. April drangen im Verwaltungsbezirk Aguazul des Departements Casanare Soldaten der Armeebrigade XVI in das Haus von Ernesto Cruz Guevara ein. Sie verhörten ihn zu Guerilla-Aktivitäten. Seiner Ehefrau teilten sie mit, ihn zum örtlichen Büro des Staatsanwalts bringen zu wollen. Die Familienangehörigen von Ernesto Cruz mussten später seine Leiche identifizieren. Die Armee behauptete, es habe sich um „einen im Kampf getöteten Guerillero“ gehandelt.

Im Juni gab das Verteidigungsministerium die Direktive 10 heraus, die zum wiederholten Male anmahnte, dass extralegale Hinrichtungen einen Verstoß gegen das Recht auf Leben darstellten.

### **Paramilitärische Gruppen**

Nach Angaben der Regierung sollen 31000 Kämpfer im Rahmen des Demobilisierungsprogramms entwaffnet worden und keine weiteren paramilitärischen Aktivitäten mehr zu verzeichnen gewesen sein. Die anhaltende Gewalt, so die offiziellen Verlautbarungen weiter, sei auf kriminelle Drogenbanden zurückzuführen. Doch obwohl sich einige paramilitärische Gruppen tatsächlich zu Drogenbanden entwickelten und Bandenkriege einen Teil des Ausmaßes an Gewalt verursachten, gab es stichhaltige Beweise dafür, dass in einigen Landesteilen weiterhin rein paramilitärische Gruppierungen aktiv waren. Diese operierten nun unter neuen Namen wie „Águilas Negras“ und „Organización Nueva Generación“. Nach wie vor gingen Meldungen über geheime Absprachen zwischen Paramilitärs und Sicherheitskräften ein. Der im Februar erschienene achte Dreimonatsbericht der von der Organisation Amerikanischer Staaten eingesetzten Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien wies die Existenz von 22 derartigen Gruppen aus. Sie sollen aus etwa 3000 Kämpfern bestehen. Andere Quellen nannten noch weit höhere Zahlen. Allein zwischen Juni 2006 und Juni 2007 sollen mindestens 230 Zivilisten entweder eigenständig von Paramilitärs oder in Zusammenarbeit mit Sicherheitskräften getötet worden sein.

Am 23. Februar wurden Alba Milena Gómez Quintero und ihr 18-jähriger Sohn Miguel Antonio zwischen zwei Militärstraßensperren getötet. Sie waren auf der Fernstraße San Juan de AramaGranada im Departement Meta von mutmaßlichen Paramilitärs aus ihrem Taxi gezerrt worden. Berichten zufolge hatte Alba Milena Gómez zuvor offiziell Beschwerde gegen die Militärbehörde eingelegt, weil sie fälschlicherweise als Guerillaunterstützerin beschuldigt worden war.

#### *Mangelhafte Ermittlungen bei Verstößen der Paramilitärs*

Nur etwa zehn Prozent der 31000 demobilisierten Paramilitärs qualifizierten sich für eine Aufnahme in das Demobilisierungsprogramm, für welches das Gesetz über Gerechtigkeit und Frieden (*Ley de Justicia y Paz* LJP) den rechtlichen Rahmen bot. Es stellte jenen, die ihre Waffen niederlegten und zu Geständnissen über Menschenrechtsverstöße und zu Wiedergutmachungsleistungen an ihre Opfer bereit waren, ein stark vermindertes Strafmaß für ihre Verbrechen in Aussicht. Doch waren lediglich 20 Ermittlungseinheiten mit der Bearbeitung tausender Fälle betraut und nicht in der Lage, mehr als nur schleppende Fortschritte zu erzielen.

Obwohl einige Führer der Paramilitärs in ihren Geständnissen Informationen über die von ihnen begangenen Morde preisgaben, blieben ihre Angaben über Identität und Verbleib ihrer Opfer für eine Aufarbeitung der Verbrechen und Exhumierungen der Leichen meist zu unklar. Oftmals wurden die Leichengruben aufgrund von Angaben aus der Masse der Paramilitärs entdeckt, die nicht unter das LJP fielen. Die Mehrzahl der gefundenen Leichen konnte nicht identifiziert werden. Ab 2006 bis Ende 2007 wurden über 1100 Leichen aus zahlreichen Massengräbern exhumiert. Ein weiteres Problem bei der Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit blieb die Zuordnung der mindestens 4 Millionen Hektar Land, die sich die Paramilitärs angeeignet haben sollen. Nur in sehr wenigen Fällen konnten die rechtmäßigen Besitzer kleinere Flächen zurückerhalten.

Die meisten der Paramilitärs konnten sich mit Hilfe des Dekrets 128 und des Gesetzes 782 wirksamen strafrechtlichen Maßnahmen entziehen. Im Rahmen dieser Bestimmungen wurde ihnen eine De-facto-Amnestie gewährt, wenn keine Ermittlungen wegen Menschenrechtsverletzungen gegen sie liefen und wenn sie zugaben, Mitglieder paramilitärischer Gruppen gewesen zu sein, was als „Verschwörung zur Verübung eines Verbrechens“ gewertet wurde. Doch im Juli bestimmte der Oberste Gerichtshof, dass die Mitgliedschaft in einer paramilitärischen Gruppe keine politische Straftat sei und somit diese Amnestieklausel keine Anwendung finden könne. Aufgrund dieser Entscheidung befanden sich über 19000 Paramilitärs in einer rechtlich ungeklärten Lage.

Im Zuge der Verfahren unter Anwendung des Gesetzes über Gerechtigkeit und Frieden wurden zahlreiche Opfer und deren Rechtsanwälte ermordet. Bei den Tätern soll es sich um Paramilitärs gehandelt haben.

Carmen Cecilia Santana Romaña wurde am 7. Februar im Verwaltungsbezirk Apartadó des Departements Antioquia von bewaffneten Unbekannten getötet. Sie hatte sich für die Rechte von Personen eingesetzt, die auf Rückgabe ihrer Grundstücke klagten und an Anhörungen im Rahmen des JPL-Prozesses teilnehmen wollten.

Yolanda Izquierdo wurde am 31. Januar in Montería im Departement Córdoba von mutmaßlichen Paramilitärs erschossen. Sie hatte bei dem im Rahmen des JPL-Prozesses stattfindenden Verfahren gegen den paramilitärischen Führer Salvatore Mancuso das Mandat für einige überlebende Opfer übernommen, zu denen sie selbst auch gehörte.

#### *Politischer Skandal wegen Verbindungen zu Paramilitärs*

Gegen mehr als 40 Abgeordnete liefen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Verbindungen zu paramilitärischen Gruppierungen. Am Ende des Berichtsjahrs befanden sich annähernd 20 dieser Personen in Haft. Einer von ihnen, Erik Morris, wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen hundert weitere Staatsbedienstete, darunter Gouverneure, Bürgermeister und Angehörige der Sicherheitskräfte, liefen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und anderer Justizbehörden. Wegen Verbindungen zu paramilitärischen Gruppierungen untersagte die Generalstaatsanwaltschaft dem ehemaligen Direktor des Geheimdienstes, Jorge Noguera, für die kommenden 18 Jahre die Ausübung eines öffentlichen Amtes. Etliche der mit den Untersuchungen zu diesem Skandal betrauten Richter des Obersten Gerichtshofs und deren Familienangehörige sollen durch Drohungen eingeschüchtert worden sein.

## **Straffreiheit**

Verstöße gegen die Menschenrechte blieben in der Regel auch weiterhin ungeahndet. In einigen Fällen, die im besonderen Licht der Öffentlichkeit standen, wurden zwar gewisse Fortschritte erzielt, doch in zahlreichen Fällen zeichneten sich keine Fortschritte bei der Ermittlung der Verantwortlichen innerhalb der Befehlskette ab.

Im November kam es zur Festnahme eines Militärhauptmanns, der an der Tötung von acht Bewohnern der Friedensgemeinde San José de Apartado beteiligt gewesen sein soll. Die Morde waren im Februar 2005 im Verwaltungsbezirk Apartadó des Departements Antioquia begangen worden. Laut Angaben der Staatsanwaltschaft waren die Morde gemeinsam von Einheiten der Armee und paramilitärischen Gruppen verübt worden. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte noch im Februar verlautbaren lassen, sie habe Ermittlungen gegen 69 Soldaten aufgenommen. Seit 1997 wurden über 160 Bewohner dieser Friedensgemeinde ermordet.

Ebenfalls im November wurde die Wiederaufnahme von Ermittlungen in 294 Fällen bekannt, die insgesamt Tausende von seit 1985 an Mitgliedern der linksgerichteten Patriotischen Union (*Unión Patriótica*) verübte Morde betrafen. Für die Mehrzahl dieser Tötungsdelikte waren vermutlich Paramilitärs und Sicherheitskräfte verantwortlich.

Im Oktober wurde der ehemalige Justizminister und Senator Alberto Santofimio zu 24 Jahren Gefängnis verurteilt. Man hatte ihm die Verantwortung für die Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán im Jahr 1989 zur Last gelegt.

Im September verhängte ein Zivilgericht gegen drei Angehörige der Luftstreitkräfte sechs Jahre Hausarrest. In der Urteilsschrift hieß es, sie seien für die unbeabsichtigte Tötung von 17 Menschen im Jahr 1998 in Santo Domingo im Verwaltungsbezirk Tame des Departements Arauca verantwortlich. Zuvor hatte ein Militärgericht die Angeklagten mit der Begründung freigesprochen, die 17 Personen seien bei der Explosion eines Lastwagens der Guerilla ums Leben gekommen. Doch das Zivilgericht kam zu der Überzeugung, dass sie einer aus einem Militärhubschrauber abgeworfenen Bombe zum Opfer gefallen waren.

Im August wurden vier Angehörige des Militärs und ein Zivilist wegen der Ermordung von drei Gewerkschaftern im August 2004 im Verwaltungsbezirk Saravena des Departements Arauca zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt. Auch hier hatte das Militär zuvor behauptet, es handele sich in diesen Fällen um „im Kampf getötete Guerilleros“.

Im Juli wurde der pensionierte Oberst Alfonso Plazas Vega für seine Mittäterschaft beim „Verschwindenlassen“ von elf Männern und Frauen nach dem Sturm auf den Justizpalast in Bogotá im November 1985 festgenommen. Der Sturm auf den Justizpalast folgte einem Überfall der Guerillagruppe M-19, die in dem Gebäude zahlreiche Geiseln in ihre Gewalt gebracht hatte. Bei dieser militärischen Operation waren über hundert Menschen ums Leben gekommen, darunter auch zwölf Richter des Obersten Gerichtshofs. Im September 2007 erklärte der Oberstaatsanwalt Mario Iguarán, es lägen stichhaltige Beweise vor, dass die Mehrzahl der „Verschwundenen“ beim Verlassen des Gebäudes noch am Leben gewesen seien.

## **Guerillagruppen**

Die FARC und die Nationale Befreiungsarmee (*Ejército de Liberación Nacional* ELN) begingen unvermindert Menschenrechtsverstöße und schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Zu ihren zahlreichen Verbrechen zählten auch Tötungen von Zivilpersonen und Geiselnahmen. Dem Vernehmen nach waren Guerillagruppen allein im Zeitraum von Juni 2006 bis Juni 2007 für 210 Tötungen von Zivilpersonen verantwortlich.

Am 14. März sollen in San Joaquín im Verwaltungsbezirk Mercaderes des Departements Cauca vier Menschen von Mitgliedern der ELN getötet worden sein.

Mitglieder der FARC sollen am 1. Januar im Verwaltungsbezirk Yarumal im Departement Antioquia vier Personen getötet haben. Mindestens zwei der Opfer, ein Mann und eine Frau, hatten sich zuvor als Gemeindesprecher für die Belange ihrer Gemeinschaft engagiert.

Im Departement Arauca zwangen die fortdauernden Gefechte zwischen FARC und ELN und deren gezielten Tötungen von Zivilpersonen eine Vielzahl von Menschen zur Flucht aus ihren Heimatorten. Unter den Ermordeten befanden sich auch Gemeindesprecher und Vertreter sozial engagierter Gruppen. Die FARC und die ELN hatten sie als Kollaborateure des jeweiligen Gegners beschuldigt.

Die FARC verübte erneut Anschläge auf gewählte Volksvertreter. Sie war dem Vernehmen nach für die meisten der Morde verantwortlich, die im Vorfeld der Kommunalwahlen vom 28. Oktober an 29 Kandidaten verübt worden waren.

Zwischen dem 7. und 10. Juli fielen in den Departements Caquetá Chocó und Valle del Cauca vier Bürgermeister und Ratsmitglieder, Männer und Frauen, vermutlich ebensolchen Morden zum Opfer.

Zudem stellten die von Guerillagruppen unvermindert in großem Maßstab eingesetzten Antipersonenminen sowohl für die Zivilbevölkerung wie auch für die Sicherheitskräfte weiterhin eine große Gefahr dar. Allein im Jahr 2007 wurden durch Antipersonenminen 180 Menschen getötet und 680 verletzt.

Am 14. und 15. Juli fielen im Verwaltungsbezirk Ricaurte des Departements Nariño fünf Angehörige der indigenen Gemeinschaft der Awá Landminen zum Opfer. Unter den Getöteten waren auch zwei Kinder. Diese Minen waren dem Vernehmen nach von Mitgliedern der FARC gelegt worden.

Im August wurden die Vorgespräche zu Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der ELN ausgesetzt, weil man sich nicht auf die Bedingungen eines Waffenstillstands einigen konnte.

### **Entführungen und Geiselnahmen**

Am 18. Juni tötete die FARC elf der von ihnen bereits im April 2002 entführten zwölf Abgeordneten der gesetzgebenden Versammlung des Departements Valle del Cauca. Die genauen Umstände der Tat waren ungeklärt. Mitglieder der FARC behaupteten, die ermordeten Amtsträger seien während eines Scharmützels mit einer unbekannt bewaffneten Gruppe ins Kreuzfeuer geraten, doch die Behörden bestritten diese Version des Tathergangs.

Es kam zu einem auch auf internationaler Ebene heftig geführten Diskurs über die Frage, ob die Freilassung verurteilter FARC-Mitglieder durch die kolumbianische Regierung im Austausch für die in der Gewalt der Guerillagruppe befindlichen Geiseln gerechtfertigt sei. Präsident Uribe hatte angeordnet, den „diplomatischen Vertreter“ der FARC, Rodrigo Granda, und zugleich über hundert weitere FARC-Mitglieder im Juni aus dem Gefängnis zu entlassen. Der kolumbianische Staats- und Regierungschef bevollmächtigte den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, eine Vereinbarung zum Geiselaustausch mit der FARC auszuhandeln. Das Treffen zwischen Präsident Chávez und Führern der FARC fand im November in Caracas statt. Allerdings entzog Präsident Uribe im Verlauf desselben Monats Präsident Chávez die Vermittlerrolle wieder, weil dieser Kontakt zur kolumbianischen Armeeführung aufgenommen haben soll. Damit habe er gegen die vorherige Vereinbarung verstoßen, keine direkten Gespräche mit hochrangigen Militärs über die Geiselfrage zu führen. Daraus resultierte eine erhebliche Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela. Auch die erhoffte Freilassung der drei besonders im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Geiseln der FARC gelang bis zum Ende des Berichtszeitraums nicht.

Trotz eines leichten Rückgangs bei der Anzahl von Entführungen im Vergleich zu den 687 Fällen des Vorjahrs, bewegte sich die Entführungshäufigkeit mit 551 Fällen im Berichtszeitraum nach wie vor auf einem extrem hohen Niveau. Annähernd 150 Entführungen wurden im Kontext des bewaffneten Konflikts verübt und waren vornehmlich den Guerillagruppierungen, insbesondere der FARC und der ELN, anzulasten. Bei den anderen Entführungen handelte es sich mutmaßlich um die Taten anderer krimineller Banden. In etwa 125 Entführungsfällen konnte die Täterschaft nicht zugeordnet werden.

### **Gewalt gegen Frauen und Mädchen**

Jede der am bewaffneten Konflikt beteiligten Gruppen verübte schweren sexuellen Missbrauch und Gewalttaten an Mädchen und Frauen. Kämpfende Frauen und Mädchen wurden zu Schwangerschaftsabbrüchen und zur Einnahme empfängnisverhütender Mittel gezwungen und damit ihrer reproduktiven Rechte beraubt.

Angaben zufolge stürmten Armeesoldaten am 23. Mai ein Haus im Verwaltungsbezirk Toribío des Departements Cauca und versuchten ein elfjähriges Mädchen sexuell zu missbrauchen.

Am 26. März drangen im Verwaltungsbezirk Bello des Departements Antioquia zwei Männer, zwei Frauen und ein Jugendlicher der paramilitärischen Gruppierung *Águilas Negras* in das Zuhause zweier Schwestern ein. Wie es in den Berichten hieß, sollen die Paramilitärs auf die zehn- und 14-jährigen Schwestern eingeschlagen und das ältere Mädchen sexuell missbraucht haben. Als der 60 Jahre alte Nachbar José Mendieta den Mädchen zu Hilfe eilte, wurde er von den Eindringlingen erstochen.

Paramilitärs und kriminelle Banden sollen in mehreren Landesteilen Frauen zur Prostitution gezwungen haben. Weiter hieß es in den Berichten, dass im Departement Putumayo mindestens fünf Frauen nach ihrer Zwangsprostituierung ermordet wurden.

## **Gefahr für die Zivilbevölkerung**

Die Hauptlast des bewaffneten Konflikts trug die Zivilbevölkerung, hierbei waren es in besonderem Maße die Angehörigen der indigenen Gemeinschaften, Kolumbianer afrikanischer Herkunft und Kleinbauern, weil sie auf dem Land lebten, das für die Konfliktparteien ökonomisch bedeutsam ist. Zwischen Juni 2006 und Juni 2007 fielen mindestens 1340 Zivilpersonen Tötungen oder dem „Verschwindenlassen“ zum Opfer. Zudem gab es 305000 neue Fälle von Vertreibungen. Seit 1985 wurden zwischen drei und vier Millionen Menschen durch die fortdauernden bewaffneten Kämpfe aus ihren Heimatorten vertrieben.

Im September mussten etwa tausend Angehörige der indigenen Gemeinschaft der Awá, etwa die Hälfte davon Kinder, wegen der Kämpfe zwischen Armee- und Guerillatruppen aus dem Inda-Sabaleta-Gebiet im Verwaltungsbezirk Tumaco des Departements Nariño fliehen.

Im April flohen 6000 Menschen aus dem Departement Nariño vor den immer wieder aufflammenden Gefechten.

Erneut rekrutierten Paramilitärs und Guerillagruppen Kinder. Schätzungen der UNICEF gehen davon aus, dass es in Kolumbien im Berichtsjahr 6000 bis 7000 Kindersoldaten gab.

Zudem wird den Guerillagruppen, insbesondere der FARC, von den Behörden eine Serie von Bombenanschlägen in städtischen Gebieten zur Last gelegt. So explodierte am 9. April vor einem Polizeigebäude in Cali im Departement Cauca eine Autobombe. Bei der Detonation wurden ein Zivilist getötet und mehr als 30 weitere Personen verletzt.

Am 16. März detonierte in Buenaventura im Departement Cauca ein Sprengkörper, durch den vier Menschen getötet und sieben weitere verletzt wurden.

## **Menschenrechtsverteidiger und andere sozial engagierte Bürger**

Menschenrechtsverteidiger, Gewerkschafter, Journalisten und sozial engagierte Bürger standen auch 2007 im Fadenkreuz der vornehmlich paramilitärischen Gruppen.

Im Verlauf des Berichtsjahrs wurden immer wieder Einbrüche in Büros verschiedener Menschenrechtsorganisationen verübt und vertrauliche Informationen entwendet. Zu den betroffenen Gruppen gehörten unter anderem Reiniciar, Corporación Jurídica Yira Castro, der Internationale Versöhnungsbund und *Justapaz*.

Zudem gingen im Februar per E-Mail und Telefon Morddrohungen von mutmaßlichen Paramilitärs bei 70 Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderen sozialen Initiativen ein. Im Juni erhielten im Departement Nariño Mitarbeiter von acht Menschenrechtsinitiativen Morddrohungen. Auch hier stand eine den Paramilitärs zugerechnete Gruppierung, die *Generación Nueva*, unter Verdacht. Diese hatte bereits im März ähnliche Drohungen an 13 Nichtregierungsorganisationen in Nariño gerichtet.

Am 4. November wurde Yolanda Becerra, die Vorsitzende der Frauenorganisation *Organización Feminina Popular*, vor ihrem Haus in Barrancabermeja im Departement Santander von zwei bewaffneten und verummten Männern angegriffen. Ihrer Aus-

sage nach stießen die Männer sie gegen eine Wand und bedrohten sie mit einer Waffe und der Warnung, sie habe nur noch 48 Stunden, um die Stadt zu verlassen.

Am 4. April wurde Judit Vergara in Medellín im Departement Antioquia erschossen. Sie hatte sich in ihrem Stadtviertel Comuna 13 für die sozialen Belange der Bewohner eingesetzt. Man erschoss sie, als sie mit dem Bus in der Stadt unterwegs war.

Im Berichtszeitraum wurden mindestens 39 Gewerkschafter ermordet. Im Januar begann die Ständige Vertretung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Kolumbien mit der Überwachung der Rechte von Gewerkschaftern. Eine weitere Aufgabe war die kritische Beobachtung einer Sondereinheit der Generalstaatsanwaltschaft zu Morden an kolumbianischen Gewerkschaftern.

Bemühungen, um den Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen Kolumbien und den USA wurden durch Vorbehalte von Abgeordneten des US-Kongresses aufgrund der Ermordung von Gewerkschaftern gebremst.

Präsident Uribe unterstellte in seinen Äußerungen den Menschenrechtsorganisationen Kolumbiens erneut Verbindungen zu Guerillagruppen. Im Juli erklärte er, die Guerillagruppierungen verfolgten nun eine neue Strategie. Ihre Wortführer im In- und Ausland gäben Todesfälle in den eigenen Reihen umgehend als staatliche Morde aus.

### **US-Militärhilfe**

Die von den USA gewährte Finanzhilfe für Kolumbien belief sich im Jahr 2007 auf etwa 727 Millionen US-Dollar. Davon entfielen über 82 Prozent auf die Unterstützung der Sicherheitskräfte. Ein Großteil dieser Gelder, 595 Millionen US-Dollar, unterlag den Bestimmungen eines Gesetzes für die Mittelbereitstellung an ausländische Staaten (*Foreign Operations funding bill* FOfb). Damit war die Vergabe von 25 Prozent dieser Summe an den Nachweis der kolumbianischen Regierung gebunden, Fortschritte im Hinblick auf die Menschenrechtslage erzielt zu haben. Davon sah sich US-Außenministerin Condoleezza Rice überzeugt und autorisierte im April die Freigabe der gesamten 25 Prozent des Geschäftsjahrs 2006. Allerdings blieben die Bedenken der Abgeordneten trotz dreier Fragerunden im Kongress bestehen, und sie hielten die für das Militär bestimmten Gelder in Höhe von 55,2 Millionen US-Dollar bis auf Weiteres zurück.

Im Dezember unterzeichnete US-Präsident George W. Bush rechtlich bedeutsame Änderungen für die US-Unterstützung. Im Rahmen des FOfb wurden die finanziellen Mittel für Militär und Polizei um 31 Prozent gekürzt und für wirtschaftliche und soziale Bereiche um 70 Prozent aufgestockt. Die Gelder zur Verbesserung der Menschenrechtslage wurden um 30 Prozent erhöht und mit der Forderung an die kolumbianische Regierung verknüpft, die Nachfolgeorganisationen der bewaffneten Gruppierungen zu zerschlagen. Damit räumte die US-Regierung formal die Existenz paramilitärischer Gruppierungen ein. Die von Präsident Bush geforderte Finanzhilfe für 2008 überstieg den Betrag des Vorjahrs um 44 Millionen US-Dollar.

### **Das Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte**

Im September gab das Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte



(UNHCHR) bekannt, die kolumbianische Regierung habe einer Ausweitung des Mandats des UNHCHR-Büros in Kolumbien für weitere drei Jahre zugestimmt.

Bezug nehmend auf die Zustimmung der kolumbianischen Regierung zu den UN-Menschenrechtsempfehlungen legte der im März zu Kolumbien veröffentlichte UNHCHR-Bericht dar, es zeige sich weiterhin Uneinheitlichkeit im Umgang mit den Empfehlungen zur Prüfung der Geheimdienstakten, zur Eindämmung der Straflosigkeit, zur Zerschlagung von Verbindungen zwischen Staatsdienern und Mitgliedern paramilitärischer Gruppen und zur verbesserten Qualität bei der Erstellung von Statistiken zur Menschenrechtsslage und zum humanitären Völkerrecht. Im Bericht wurde auch die Besorgnis über die anhaltende Präsenz paramilitärischer Gruppierungen geäußert sowie über die zunehmende Zahl von Berichten über staatlichen Mord durch die Sicherheitskräfte und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch Guerillagruppierungen, insbesondere die FARC.

## **Missionen und Berichte von Amnesty International**

### *Missionen*

Delegierte von Amnesty International besuchten Kolumbien im Februar, Juni und September.

### *Berichte*

Killings, arbitrary detentions, and death threats the reality of trade unionism in Colombia (AMR 23/001/2007)

Colombia: FARC and ELN must release all hostages (AMR 23/019/2007)

Colombia: Latest killing of human rights defender throws controversial paramilitary demobilization process into further doubt (AMR 23/002/2007)

\*\*\*\*\*